

# unsere junge stadt **georgsmarienhütte** im gespräch

Nr. 2

April 1973

INHALT	Seite
Muß die Jugend versauern?	1
Aktivitäten der Jungsozialisten	3
Bodenrecht	1
Rat und Bürger	1
Arme Stadt	2
Harry Brunsmann verabschiedet	4
Böse, böse Jusos!	4
Veranstaltungen	4
Verschiedenes	2, 4

## **Auch Kirchen fordern neues Bodenrecht**

**Zu den dringendsten Reformwerken des Bundestages gehört die Neuordnung des Bodenrechts. Der ständig wachsende Bedarf an Grundstücken hat die Lage zugespitzt. Die Preise aber werden nach dem geltenden Recht durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Grund und Boden ist so zu einem Spekulationsobjekt geworden.**

Im Grundsatz sind sich alle Verantwortlichen im Staate einig: der Wertzuwachs kann nicht den wenigen „Günstlingen“ zufließen. Ziel der Reform soll es sein, die öffentliche Hand an den Wertsteigerungen von Grund und Boden zu beteiligen. Schließlich muß die Allgemeinheit die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen einer Entwicklung wie Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten usw. vorziehen.

Nun haben auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und das Kommissariat der katholischen deutschen Bischöfe sich in einem gemeinsamen Memorandum zur „Sozialen Ordnung des Bodenrechts“ bekannt. Sie wenden sich ebenfalls gegen die „zufällige Minderheit derzeitiger Eigentümer“ und deren einseitige Bevorzugung.

Die Kirchen betonen ihre kritische Distanz zum Eigentum, die Befreiung des einzelnen von der knechtischen

## **Muß die Jugend in Georgsmarienhütte versauern?**

Hinter dieser Frage verbirgt sich eine Fülle von Problemen, die durch Presse, Rundfunk und Aktivitäten Jugendlicher aus Georgsmarienhütte aktuell wurden. Leider haben die bisherigen Diskussionen und Veröffentlichungen keine Klarheit darüber gebracht, was genau hinter der Forderung nach einem „freien Jugendzentrum“ steht. Mißverständnisse auf allen Seiten haben bislang die Kernfragen verdeckt.

### **1. Wer fordert ein „freies Jugendzentrum“ in Georgsmarienhütte?**

Zu sagen, es sei „der Jugendliche“, ist wohl zu ungenau, wo doch jeder weiß,

daß die Struktur der Jugendlichen in ihrer Gesamtheit in Georgsmarienhütte wie überall derart vielschichtig ist und sie somit noch gar nicht geschlossen auftreten können. Vielmehr sind es bereits organisierte Jugendgruppen, vornehmlich politische Verbände und Gruppen, die sich durch Schule und Ausbildung zusammengefunden haben und nun mit Aktivitäten an die Öffentlichkeit treten. Wer soll aber sonst zum Vorteil aller Jugendlichen initiativ werden, wenn nicht die bereits organisierte Jugend?

Fortsetzung Seite 3

## **Rat und Bürger**

Im Februar tagte der Rat wieder öffentlich im Kasino – und nicht einmal vor ganz leeren Sitzen. Was erregte das besondere Interesse? Der Haushalt? Die neuen Straßennamen? Wir meinen: wohl kaum!

Unser Anliegen: Wir alle – Öffentlichkeit und Rat – sollten Wege suchen, das Publikumsinteresse an den Sitzungen zu erhöhen. Sie sollten Ihre Meinung äußern und uns schreiben. Unser Vorschlag heute lautet: Nach Beendigung der öffentlichen Sitzung erhalten die Bürger unserer Stadt Gelegenheit, Fragen von kommunalpolitischer Bedeutung an den Rat zu stellen; viel-

leicht 15 Minuten lang oder je nach der Situation. Der Bürger wird verstehen, daß Fragen mit allzu starkem Eigeninteresse keine Beantwortung finden können.

Denkbar wären auch Berichte aus der Arbeit der einzelnen Ausschüsse durch ihre Vorsitzenden. Das wäre mehr als das Einbringen von Beschlußvorschlägen. Die Öffentlichkeit würde in breiterer Form über Dinge erfahren, die zur Beratung anstehen, auch wenn sie noch nicht geklärt sind. Die Verwaltung könnte sagen, welche Beschlüsse in der Zwischenzeit ausgeführt werden und was immer noch zur Erledigung ansteht.

Ist das ein Vorschlag?



Bindung an das Eigentum. Sie sehen gesellschaftliche Eigentumsordnungen als „Problemlösungen auf Zeit“ an, die immer überprüft werden müssen. Das Planungsrecht – so die Verfasser – solle trotz gewisser Bedenken weiterhin bei den Gemeinden verbleiben. Das Vorkaufsrecht für die Kommune für Flächen des öffentlichen Bedarfs müsse einfacher und eine bewußte Bodenvorratspolitik solle möglich gemacht werden. Die Grundstückseigentümer müßten an den tatsächlichen Kosten der Erschließung beteiligt werden.

Diese gemeinsame Erklärung zu einem aktuellen Problem unserer Tage hat aufhorchen lassen. In vielen Kommentaren wird die Haltung der Kirchen begrüßt, ja als sehr mutig bezeichnet, da man doch wohl kaum auf ungeteilte Zustimmung hoffen kann.

Für die Politiker wird es nicht ausreichend sein, sich in Grundsatzserklärungen zu ergehen. Der Teufel steckt im Detail. Sind die Auffassungen verschieden, müssen sie eben auf der politischen Ebene ausgetragen werden. Nur wird man nicht mehr lange warten dürfen.

W. Beckmann

## Arme Stadt

**Der neue Haushaltsplan brachte es an den Tag: Am Jahresende wird der Schuldenberg auf fast 39 Millionen DM angewachsen sein. Allein für das Jahr 1973 muß die Stadt dafür 4,2 Mill. DM Schuldendienst für Zinsen und Tilgung aufbringen. Die Schuldendienstwarn-grenze ist sicherlich erreicht: Pro-Kopf-Verschuldung = 1289,74 DM; Anteil des Schuldendienstes am Gesamt-Haushalt = 16,8%. Der Rat kann in diesem Jahr über ganze 560 000 DM frei verfügen, und das bei einem Haushalt von über 25 Millionen im ordentlichen Teil. Da kann man nur sagen: arme Stadt!**

Wie ist es dazu gekommen? Die Hektik unserer Zeit im allgemeinen wie aber auch die Fülle der neuen Maßnahmen in unserer Stadt liefern die Gründe für den raschen Anstieg der Schulden. Nach dem Zusammenschluß waren es „nur“ 10,5 Mill. DM, obwohl sich manche der ehemaligen Gemeinden vor dem Zusammenschluß noch schnell einiges „ans Bein gebunden“ hatten.

Es muß ein Wandel eintreten. Die Stadt kommt nicht um eine Änderung ihrer Ausgabenpolitik herum. Sie muß kürzer treten. Der Weg über die Kreditaufnahme ist zu einfach und in der Zukunft nicht mehr so leicht zu be-gehen. Eine Neuverschuldung wird erst dann vertretbar werden, wenn alte Schulden abgetragen worden sind. Dazu werden die Gemeinden – voraus-sichtlich vom 1. 4. 74 an – durch ein neues Haushaltsrecht an eine Mitver-antwortung für ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht gebunden; d. h. gegebenenfalls Drosselung der Kredit-aufnahme.

Wie soll es weitergehen? Nun – weiter geht es mit Sicherheit. Ob in gleichem Tempo? Das wohl kaum. Man wird nicht umhin können, langfristiger zu planen und manches hübsch der Reihe nach – soweit man eben in der Lage ist – ausführen. Die Planung für einen längeren Zeitraum wird um so dringen-der, wenn man bedenkt, daß die von der Allgemeinheit gestellten Forde-rungen für heute und morgen die jetzi-gen Investitionen um ein Mehrfaches übersteigen werden. Denken wir bei „Georgsmarienhütte“ nicht alle an ein geordnetes Stadtwesen mit guten Schulen, Kindergärten, Spielplätzen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Krankenhäusern, Nahverkehr u.v.a.m.? Und wie weit sind wir davon noch ent-fernt?

Woher das Geld nehmen? Aus eigener

Kraft wird diese Stadt die erforder-lichen Mittel nicht aufbringen können. Also fremde Hilfe? Eine stärkere finan-zielle Unterstützung aller Gemeinden muß kommen. Die bisherige Aufteilung der Finanzmittel zwischen Bund, Land und Gemeinden muß zugunsten der Gemeinden geändert werden; d. h. mehr Einkommensteueranteile, höhere Zuweisungen des Landes.

Was können wir selbst tun? Eigenhilfe ist möglich durch Erhöhung der Steu-ern und der Gebühren oder durch energisches Zurückstellen von Auf-gaben, die nicht durch die Allgemein-heit gefördert werden sollten. Die Steuerhebesätze wurden bekanntlich im vergangenen Jahr im gesamten Stadtgebiet einheitlich festgesetzt. Dieser Schritt ist getan. Noch weisen aber einige Gebührenhaushalte ein gehöriges Defizit aus. Noch sind die Verantwortlichen auf der Suche nach einer möglichst gerechten Lösung. Wenn jedoch Entscheidungen notwen-dig sind, sollte man sie nicht dadurch hinauszögern; weil sie in der Öffent-lichkeit nicht gut ankommen. Die Qua-lität der städtischen Einrichtungen ist sicherlich ihren Preis wert. Ohne Eigenhilfe wird es nicht gehen; sonst werden wir für lange Zeit sagen müs-sen: arme Stadt Georgsmarienhütte!

W. Beckmann

## Veranstaltungsplan

**SPD-Ortsverein Georgsmarienhütte**

30. 4. Öffentliche Veranstaltung  
im Kasino-Hotel  
„Tanz in den Mai“

**Stadt Georgsmarienhütte**

2. bis 24. 4. Kunstausstellung  
Graf-Ludolf-Schule, Kloster Oesede

Herausgeber:

SPD – Ortsverein Georgsmarienhütte

Verantwortlich: W. Beckmann, Osnungstr. 13  
und K. Kraegeloh, Blumental 74

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Auflage: 7000

Druck: R. Lamkemeyer



Fortsetzung: Jugend...

Zu fragen ist nun:

## 2. Welches Ziel wird mit der Einrichtung eines „freien Jugendzentrums“ verfolgt?

Tatsache ist, daß die bereits genannten Jugendgruppen eine recht isolierte Position innerhalb der Bevölkerung haben, wodurch gerade politische Verbände sich niemals mit ihren Vorstellungen der ständigen Auseinandersetzung mit anderen stellen können. Andererseits sind nichtorganisierte Jugendliche darauf angewiesen, Freizeitangebote sportlicher oder musischer Art zu konsumieren, ohne selbst wesentlichen Einfluß auf deren Gestaltung nehmen zu können. Sucht er jedoch eine Möglichkeit zur Kommunikation, ist er auf Kneipen und gelegentlich stattfindende Diskotheken angewiesen. In dem Wunsch und der Notwendigkeit zur Kommunikation decken sich also die Interessen der organisierten und nichtorganisierten Jugendlichen, die nun nur noch ein Forum suchen, in dem sie sich begegnen können. Das bedeutet noch nicht, daß alle jungen Georgsmarienhütter hier erfaßt werden können, würde aber einen wesentlichen Fortschritt zur jetzigen Situation der Jugendlichen unserer Kleinstadt darstellen.

## Wie soll das „freie Jugendzentrum“ aussehen, und wo soll es entstehen?

Diese Frage ist erst zu klären, nachdem die Initiatoren, die politischen Jugendorganisationen und andere Interessengruppen in Verbindung mit dem Stadtjugendring ein Konzept erarbeitet haben, das wiederum dem Stadtrat und der Stadtverwaltung deutlich macht, daß mit der Erstellung entsprechender Räumlichkeiten nicht länger gewartet werden darf.

Werner Kähler

## Jungsozialisten zum Thema „Freies Jugendzentrum“

In unserer Kritik am bestehenden kapitalistischen Gesellschaftssystem, in dem die wirtschaftlich Mächtigen und ihre politischen Interessenvertreter die undemokratischen Strukturen unserer Gesellschaft weiter ausbauen, verstehen wir Jungsozialisten die Jugendarbeit als ein geeignetes und legitimes Mittel, Formen demokratischer Selbstorganisation (ein wesentliches Element einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung) voranzutreiben. Jugendarbeit sollte sich heute nicht mehr als überleitende Erziehung vom Jugendlichenalter zum Erwachsenenalter oder als Mittel zur Anpassung an bestehende Verhältnisse verstehen, sondern als wesentlicher Teil der Bildungsarbeit, die zur individuellen und sozialen Emanzipation des jungen Menschen beiträgt. Das vorläufige Ziel der Jugendarbeit ist, Jugendliche fähig zu machen, gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch zu durchschauen und die Veränderungen der Gesellschaft zu beschleunigen.

Um dieses zu erreichen, ist die Errichtung eines Jugendzentrums in Georgsmarienhütte unbedingt notwendig. Das Jugendzentrum muß die Funktion haben, den Jugendlichen eine Gelegenheit zu geben, die Gestaltung ihrer Freizeit selbst zu organisieren. Gleichzeitig müssen wir Möglichkeiten der Veränderungen der bestehenden Verhältnisse anbieten, indem wir aufzeigen, daß eine Durchsetzung der Interessen der Jugendlichen (nicht nur im Freizeitbereich, sondern auch in der Schule und am Arbeitsplatz) nur möglich ist durch solidarisches und organisiertes Vorgehen. Wir sind uns darüber klar, daß das Jugendzentrum keine politische Kraft ist, sondern daß es nur die Notwendigkeit einer solchen politischen Kraft aufzeigen kann.

An dieser Stelle bereits ein Programm anzubieten, ist sicher zu früh, weil vorher eine Aussprache mit den Jugendlichen aus Georgsmarienhütte, insbesondere mit dem Stadtjugendring und anderen politischen Gruppen notwendig ist. Jedenfalls werden wir mit folgenden Organisationsvorschlägen am Gespräch teilnehmen:

1. Der Vorstand des Jugendzentrums wird vom Plenum gewählt. Das Plenum besteht aus allen Jugendlichen von Georgsmarienhütte.
2. Der Vorstand sollte unabhängig von der Gemeindeverwaltung und dem Stadtjugendring arbeiten. Der Vorstand ist nur dem Plenum verantwortlich.
3. Der Vorstand ist berechtigt, über die Verwendung des Etats zu bestimmen.
4. Der Vorstand organisiert die Veranstaltungen, teilt den Gruppen Räume zu und nennt ihnen Tage, an denen sie diese benutzen können. Er ist für das Gebäude verantwortlich.
5. Ein Stadtjugendpfleger müßte zur Unterstützung der Jugendlichen eingestellt werden.
6. Vom Vorstand werden Arbeitsgruppen gebildet, die einzelne Bereiche innerhalb des Jugendzentrums organisieren.

Ein weiteres Vorgehen ist uns nur in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring möglich. Durch ein Aktionskomitee des Stadtjugendrings sollen ein Konzept erarbeitet und die Jugendlichen mobilisiert werden. In diesem Gremium wollen wir unsere oben aufgeführten Vorstellungen durchsetzen.

Arbeitsgemeinschaft „Jugendarbeit“  
der Jungsozialisten  
in Georgsmarienhütte



# Veranstaltungsplan SPD-Ortsverein Georgsmarienhütte

April 1973

Datum	Zeit	Veranstalter	Thema	Ort der Veranstaltung
So. 1. 4.	11.00	Jungsozialisten	Frühschoppen	Dütmann, Oesede
Di. 3. 4.	19.00	Stadtbezirk Holzhausen	Mitgliederversammlung	Baumann, Holzhausen
Mi. 4. 4.	19.00	Stadtbez. Alt-Gmhütte	Mitgliederversammlung	Schützenhaus, Gmhütte
Do. 5. 4.	18.00	Stadtbezirk Oesede	Vorstandssitzung	Tobergte, Oesede
Do. 5. 4.	19.00	Stadtbezirk Oesede	Mitgliederversammlung	Tobergte, Oesede
Fr. 6. 4.	19.00	Stadtbezirk Kl. Oesede	Mitgliederversammlung (Arbeiterwohlfahrt)	Boßmeyer, Kloster Oesede
So. 8. 4.	11.00	Jungsozialisten	Frühschoppen	Dütmann, Oesede
Fr. 13. 4.	18.00	Fraktionsvorstand	Fraktionsvorst.-Sitz.	Kl. Sitzungszimmer, Rath.
So. 15. 4.	11.00	Jungsozialisten	Frühschoppen	Dütmann, Oesede
So. 22. 4.	11.00	Jungsozialisten	Frühschoppen	Dütmann, Oesede
Di. 24. 4.	18.00	OV-Vorstand	Sitz. geschäftsf. Vorst.	Kasino, Gmhütte
Do. 26. 4.	20.00	Jungsozialisten	Mitgliederversammlung	Dütmann, Oesede
Fr. 27. 4.	19.00	Stadtbezirk Harderberg	Mitgliederversammlung	Bergquellschänke
So. 29. 4.	11.00	Jungsozialisten	Frühschoppen	Dütmann, Oesede

## Beißen Kinder, killen Unternehmer? Böse, böse Jusos!

„... ja, aber die Jusos!“ – Bei Diskussionen mit „andersgläubigen“ Mitbürgern – die es ja zweifellos auch nach dem 19. November 1972 noch gibt – kommt irgendwann immer und mit beinahe tödlicher Sicherheit der böse Juso zum Vorschein. Ich habe es mir abgewöhnt, dagegen mit politischen Argumenten anzugehen. Viel wirksamer die Frage: „Kennen Sie denn einen richtigen lebendigen Juso?“ – Der Partner wird das in den meisten Fällen verneinen.

Er hat also nur das nachgeplappert, was die „anderen“ vorgebetet haben – und mit gezielter Absicht in die Welt setzen: Die Jusos beißen unschuldige Kleinkinder, wollen Unternehmen killen und sind überhaupt gegen jedes Eigentum – auch gegen das des Eigenheimbesitzers an der nächsten Ecke. Seitdem Verleumdung und Diffamierung (leider) nicht mehr aus der täglichen politischen Auseinandersetzung wegzudenken sind, muß ich mich leider mit solchen Plattitüden abfinden. Wenn ich demjenigen, der es ja „grundsätzlich mit der SPD gut meint“ und den „Sozis“ tatsächlich einigen guten

Willen und auch hin und wieder beachtliche Fähigkeiten nicht ganz abspricht, einen richtigen und lebendigen Juso zeige, dann tritt an die Stelle von Dummheit und Vorurteil meistens Hilflosigkeit und Verlegenheit. Daß ein Jungsozialist wirklich einer geregelten Arbeit nachgeht und nicht reihenweise anderer Leute Häuser anzündet, bewirkt ratloses Kopfschütteln und Erstaunen.

Was soll's – nachdem der Sozialdemokrat als Bürgerschreck nicht mehr zieht, muß der Jungsozialist herhalten. Wer den Ursachen nachgeht, stößt nicht ausschließlich auf den politischen Gegner. Da gibt es den Mandatsträger „alter Schule“ – der manchmal selbst noch im Juso-Alter steht –, der ob seiner Trägheit im Amt irgendwann mal mit den Jusos aneinandergeraten ist. Ihn gibt es in allen Ämtern, auf Gemeinde-, Kreis und Landesebene ebenso wie in der „ganz hohen Politik“. Er betrachtet sein Mandat schon nicht mehr als Auftrag, sondern als Erbhof. Seine Arroganz wird vielleicht nur noch durch seine Unwissenheit übertroffen. Und wenn diesem in Mutterpartei und Bürgerschaft allseits geachteten und beliebten Spezi solches widerfährt, geht

er natürlich in die Luft wie das HB-Männchen. So was aber auch – ihm, dem Genossen seit anno Tobak und versierten Fachmann, der in der Stille wirkt, Aufmunterung oder gar Kritik anzubieten. Das geht denn doch zu weit! Böse, böse Jusos!

Friedrich Frerichs

## Termine für Sperrgut im Kalenderjahr 1973

Alt-Georgsmarienhütte

jeweils sonnabends:

19. Mai, 7. Juli, 1. September, 3. Nov. 1972  
12. Januar 1974.

Oesede

jeweils sonnabends:

26. Mai, 14. Juli, 8. September, 17. Nov. 1973;  
19. Januar 1974.

Kl. Oesede, Harderberg u. Holsten-Mündrup

jeweils sonnabends

31. März, 9. Juni, 4. August, 6. Oktober,  
1. Dezember 1973; 2. Februar 1974.

Holzhausen

jeweils donnerstags

29. März, 24. Mai, 26. Juli, 27. September,  
29. November 1973; 24. Januar 1974.

## Harry Brunsmann verabschiedet

Harry Brunsmann – bisher stellv. Betriebsratsvorsitzender der Klöckner-Werke Georgsmarienhütte – ist seit Beginn des Jahres Ressortleiter für Personal- und Sozialwesen bei den Klöckner-Werken in Hagen-Haspe. Aus diesem Grunde hat er sein Mandat im Rat der Stadt zurückgegeben. Sein Nachfolger im Rat ist Heinz Blanke. In einer gemeinsamen Zusammenkunft von Parteivorstand und Fraktion wurde der „konsequente und kompromißlose Streiter“ (so Stahlmann) „für Recht und Ordnung in unserer Gesellschaft und für eine sachliche Politik“ (so Brunsmann selbst) verabschiedet. Ein Abschiedsgeschenk der Stadt (Relief von Ruwe) übergab O. Hummel.